

Corona-Info der ISO N⁰ 27.03.20

Liebe Genoss*innen,

hier ist also die Nullnummer eines Rundbriefs, mit dem wir ein wenig helfen wollen, mit der Informations- und Erklärungsflut, die durch den Äther schwappt, zurechtzukommen. Wir werden in den kommenden Wochen Beiträge dokumentieren ein paar ausgewählte gute Analysen, internationale Berichte (die sonst nicht zu lesen sind) und Beiträge zu Diskussionen liefern. Das Ziel ist: für eure Praxis vor Ort nützlich zu sein, Anregungen bieten, Beispiele für gute Initiativen aufzugreifen und zu verallgemeinern das also, was kluge Sozialist*innen immer tun, same procedure in every crisis...

Wir freuen uns auf Beiträge, die praktische Erfahrungen dokumentieren, ohne die Probleme zu verschweigen: Wie organisiert ihr die Arbeit in der Nachbarschaft, wie verarbeiten die Kolleg*innen die neue Situation, welche Erfahrungen macht ihr in der LINKEN und im antifaschistischen Kampf oder in der Klimabewegung?

Wir lernen gerade einiges dazu das ist gut, aber auch anstrengend: Wie sorgt ihr dafür, dass die Speicher wieder gefüllt werden? Oder seid ihr in frühvorweihnachtlicher Häuslichkeit versunken? Ihr seht: wir wollen es wissen. Wir, das heißt Wilfried und Michael, freuen uns über eure Hinweise, Erfahrungen und wenn es denn sein muss auch Kritiken ;-)...

Übrigens: keine Sorge, wir haben nicht vor, in jede Ausgabe mehrere Resolutionen von nationalen und internationalen Leitungsgremien aufzunehmen. Das wird eher eine Ausnahme bleiben.

Wir hoffen, wir haben für die erste Ausgabe eine interessante Auswahl getroffen und wünschen euch viel Spaß beim Lesen.

Michael und *Wilfried*



Inhaltsverzeichnis

S. 3 Schützen wir unsere Leben—nicht ihr Profite! Erklärung
des Büros der Vierten Internationale

S. 11 Corona-Krise: Solidarität heißt Menschen schützen!
Erklärung des Sekretariats der ISO



S. 17 Ist die Pandemie Grund für die beginnende
Wirtschaftskrise? Von Jakob Schäfer

S. 24 Violetta Bock - „Wir liefern bis zum letzten
Atemzug!“ aus der SoZ-Ausgabe



S. 29 Acht Thesen zum Corona-Virus.
Von Daniel Tanuro

S. 33 Die Pandemie—Solidarität bleibt unsere einzige
Chance! Jane Slaughter—Labor Notes



S. 40 Corona trifft auf Arbeitsbedingungen im
Krankenhaus



Internationale Sozialistische Organisation

www.intersoz.org – facebook.com/intersoz.org – iso@intersoz.org – twitter.com/InterSozOrg

Schützen wir unsere Leben—nicht ihr Profite!

Erklärung des Büros der Vierten Internationale

Die Coronavirus-Pandemie ist ein Problem der öffentlichen Gesundheit dramatischen Ausmaßes; die Ausbreitung des Virus wird gewaltiges Leid hervorrufen. Bereits jetzt stehen in Westeuropa die Gesundheitssysteme kurz vor dem Zusammenbruch. Wenn die Pandemie massiv die Länder des Südens erreicht, deren bereits schwaches oder sehr zerbrechliches öffentliches Gesundheitssystem durch 40 Jahre neoliberaler Politik schrecklich beschädigt wurde, wird es zu vielen Todesfällen kommen.

Schon heute ist sie die schwerste Pandemie seit einem Jahrhundert. Die Zahl der Todesfälle durch die sogenannte Spanische Grippe von 1918-1919 ist nach wie vor schwer abzuschätzen, war jedoch ganz beträchtlich und traf vor allem junge Erwachsene. Ihre Schwere erklärte sich insbesondere dadurch, dass sie unmittelbar auf den Ersten Weltkrieg folgte. Die rasche Ausweitung der Covid-19-Pandemie lässt sich insbesondere durch die von der neoliberalen Ordnung verursachte Schwächung der Widerstandskräfte in der Bevölkerung und die Zunahme prekärer Verhältnisse vor dem Hintergrund der gewaltigen Ausdehnung des internationalen Handels durch die kapitalistische Globalisierung erklären, durch die allgemeine Kommerzialisierung und das Primat des Profitgesetzes. Das neue Coronavirus wurde im November 2019 in China entdeckt. Ärztinnen und Ärzte oder Wissenschaftler*innen, die versuchten, Alarm zu schlagen, wurden anfangs unterdrückt und zum Schweigen gebracht. Wenn die KPCh sofort reagiert hätte, wäre die Gefahr einer Epidemie möglicherweise im Keim erstickt worden.

Die Politik des Leugnens der Gefahr ist keine Besonderheit des chinesischen Regimes. Donald Trump in den USA machte sich über dieses „ausländische Virus“ lustig. Als Brasilien bereits von der Pandemie erfasst war, erklärte Jair Bolsonaro, dass „das Verbot von Fußballspielen Hysterie“ sei und setzte sich über Gesetze und Richtlinien der Gesundheitsbehörden hinweg, um an einer Demonstration gegen die Justiz und das Parlament teilzunehmen. Boris Johnson im Vereinigten Königreich befürwortete zunächst eine „Herdennimmunisierung“ (Die Epidemie soll an ihre inneren Grenzen, wenn etwa 70 % der Bevölkerung infiziert sind). Er war gezwungen, dieses rücksichtslose und gefährliche Vorgehen zu ändern. Die belgische Premierministerin Sophie Wilmès stellte sich gegenüber jeder Warnung taub.

Die französische Präsidentschaft hat die strategischen Reserven (Schutzausrüstung und -produkte usw.) nicht aufgefüllt, als die ersten Fälle im Januar 2020 auftraten. Die Regierungen der weniger betroffenen Länder Osteuropas lernen nicht aus der Gesundheitskrise im westlichen Teil des Kontinents. Die Europäische Union war nicht in der Lage, auch nur die grundlegendste Solidarität mit dem am stärksten betroffenen Italien zu organisieren, obwohl im Land nicht einmal Schutzmasken produziert werden ... Der Hauptgrund für diese Verzögerung liegt darin, dass die Regierungen die Wirtschaftstätigkeit und den Warenverkehr nicht gefährden und nur ein Mindestmaß an Ressourcen für den Schutz der Bevölkerung bereitstellen wollen. Der Wille, die Sparpolitik im Rahmen der Offensive des Kapitals gegen die abhängig Beschäftigten

fortzusetzen, und das Gespenst der Rezession waren stärker als der zur Erhaltung der Gesundheit der Menschen. Trotz der schnellen Fortschritte in der medizinischen und wissenschaftlichen Forschung ist es noch zu früh, um die Entwicklung des SARS-CoV-2-Virus vorherzusagen: Wird es auf den Beginn der wärmeren Jahreszeit auf der Nordhalbkugel reagieren und wird die Krankheit zurückgehen? Wird es mutieren und wenn ja, wird es an Virulenz gewinnen oder verlieren? Ausgehend von China erfolgte die Ausbreitung der Krankheit auf einer Ost-West-Achse (Iran, Europa und die Vereinigten Staaten), wo die Bedingungen günstig waren. Doch jetzt ist das Virus auch im Süden angekommen, wo es sich vervielfachen könnte, zum Beispiel beim nächsten Jahreszeitenwechsel, um dann mit Macht in den Norden zurückzukehren. Die Entwicklung eines Impfstoffs wird Zeit benötigen. Es wäre unverantwortlich zu erwarten, die Covid-19-Krankheit würde sich in kurzer Zeit von selbst erledigen.

Das Virus verbreitet sich sehr schnell. Das Verhältnis der nachgewiesenen Infektionsfälle zur tatsächlichen Anzahl der Betroffenen ist mangels routinemäßiger Screening-Tests nicht bekannt, aber die Gefährlichkeit ist erwiesen. Die Sterblichkeit der Krankheit kann von Land zu Land schwanken. Sie soll in 80 % der Fälle gutartig und in 20 % schwerwiegend darunter 5 % sehr schwerwiegend und in etwa 2 % der Fälle tödlich sein. Ältere oder Kranke sind nicht die einzigen, die ernsthaft gefährdet sind. Dort, wo die Epidemie explodiert,



benötigen auch zunehmend jüngere Menschen eine Intensivbehandlung. Die etablierten Medien und Regierungen konzentrieren sich auf die Unterschiede in der Sterblichkeitsrate nach Alter, achten jedoch sorgfältig darauf, nicht auf Klassenunterschiede aufmerksam zu machen und wie sich die Sterblichkeit in Folge der Coronavirus-Pandemie je nach Einkommen und Vermögen unterschiedlich verteilt. Quarantäne oder der Zugang zur Intensivpflege für 70jährige unterscheiden sich stark danach, ob man reich oder arm ist.

Es gibt in der Bevölkerung keine Antikörper gegen das neue Coronavirus. Die Behandlung von Schwerkranken ist schwierig und erfordert modernste Ausrüstung und geschultes, kompetentes medizinisches Personal. Wo dies fehlt oder wenn das Krankenhaussystem überfordert ist sterben viele Patient*innen, die heilbar wären, und es werden noch mehr sterben. Wenn keine drastischen Maßnahmen ergriffen werden und 4 Milliarden Menschen infiziert sind, werden 80 Millionen Menschen sterben

Die Covid-19-Pandemie sollte daher von allen fortschrittlichen kämpferischen Netzwerken, einschließlich unserer Organisationen, sehr ernst genommen werden. Überall dort, wo sich die Epidemie entwickelt, müssen sehr entschlossene Maßnahmen ergriffen werden, um sie einzudämmen und die Bevölkerung zu schützen. Dies muss Priorität vor dem Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft haben. Überall müssen die Lehren aus den zuerst betroffenen Ländern gezogen werden, um sich auf eine mögliche Entwicklung vorzubereiten. Die Regierungen müssen zu wirklichen Vorsorgemaßnahmen gezwungen werden.

Starke Vorsorgepläne

In den meisten betroffenen Ländern verwalten die Regierungen wegen fehlender Vorsorge nur den Mangel und machen manchmal aus der Not eine Tugend. Wo es sie gibt, müssen die Vorsorgepläne gestärkt und dort, wo es sie nicht gibt, überhaupt aufgestellt werden. Diese Pläne müssen auf die Umstrukturierung des Gesundheitssystems als Ganzes und die Mobilisierung aller notwendigen Ressourcen im Falle einer Epidemie vorbereiten, insbesondere auf eine sofortige Aufstockung des Personals der Gesundheitsdienste, die heute schon stark unterbesetzt sind. Den Krankenhäusern wurden immer wieder die Budgets gekürzt, sie wurden geschwächt oder sogar privatisiert, obwohl sie eine der Säulen im Kampf gegen eine Epidemie sind, bei der es auf Intensivpflege ankommt. Private Pflegedienste

und die Herstellung von Arzneimitteln und medizinischen Geräten müssen unter öffentlicher und sozialer Kontrolle requiriert werden. Die Regierung des spanischen Staats hat den Schritt unternommen, private Krankenhausbetten zu requirieren.

Strategische Bestände an Schutzkleidung, Desinfektionsmitteln und Testsätzen müssen sichergestellt werden und zwar vorrangig für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich und anderen unverzichtbaren Diensten sowie für die am stärksten gefährdeten Sektoren der Bevölkerung.

Zu den Vorsorgeplänen gehört auch die medizinische und wissenschaftliche

Forschung. Aber auch hier wurden wegen Vorgaben der Sparpolitik die Forschungsmittel reduziert oder gekürzt, insbesondere für Coronaviren. Alle privaten Unternehmen in diesem Bereich müssen unter öffentlicher und sozialer Kontrolle verstaatlicht werden.

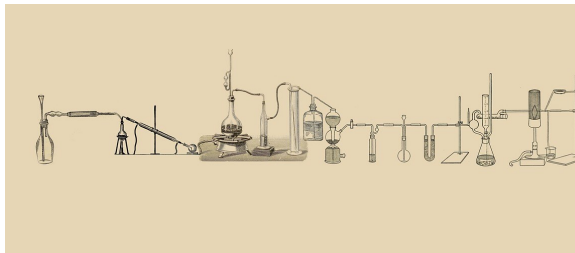
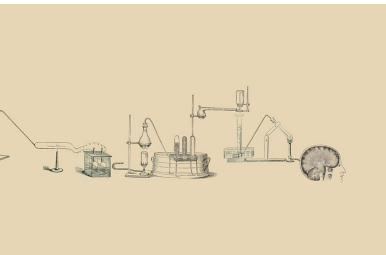
Südkorea hat gezeigt, wie nützlich massenhafte

Screening-Tests sind, um die Dynamik der Epidemie zu verstehen und so früh wie möglich einzugreifen. Die

Haushaltszwänge haben jedoch dazu geführt, dass die Bestände dieser Tests nicht auf dem neuesten Stand gehalten wurden, wenn sie denn überhaupt existierten, was zu dramatischen Situationen führte. In einer Situation

des Mangels müssen die Schutzmittel vorrangig für das Gesundheitspersonal (auf der Arbeit und für zu Hause) reserviert werden und selbst dann wird es für diese Menschen möglicherweise nicht reichen.

Die Lebensbedingungen müssen durch die Aussetzung der Zahlungen für Miete, Hypothekenzahlungen und Versorgungsleistungen gesichert werden. Es muss einen sofortigen Stopp aller Zwangsräumungen geben, es müssen Notunterkünfte mit allen notwendigen Einrichtungen für Obdachlose eingerichtet und leerstehende Wohnungen requiriert werden, um Menschen nicht in gesundheitsschädlichen Gebäuden zurückzulassen. Wer auf der Straße lebt, kann sich nicht selbst isolieren oder in Quarantäne begeben. Die bevorstehende wirtschaftliche und soziale Krise, die durch die Pandemie ausgelöst, aber durch die Anhäufung von Problemen in der kapitalistischen



Wirtschaft verursacht wurde, darf nicht Anlass für eine weitere Konzentration von Reichtum und die Zerstörung sozialer Rechte sein. Demgegenüber müssen progressive Kräfte auf Lösungen drängen, die auf der Umverteilung von Ressourcen basieren und auf das Gemeinwohl ausgerichtet sind. Angesichts der explodierenden Epidemie mussten sehr strenge Maßnahmen ergriffen werden, um soziale Kontakte und Reisen zu begrenzen, was die Wirtschaftstätigkeit drastisch verringert. Die Pläne müssen daher massive Hilfe für die Bevölkerung beinhalten, um weitere Verarmung zu verhindern und sicherzustellen, dass niemand in Zeiten der Gesundheitskrise mittellos bleibt. Dies muss sowohl für Lohnabhängige wie auch Solo- und Scheinselbstständige gelten. Die durch die Einschränkungen verursachten Kosten müssen durch eine Erhöhung der Steuern auf Profite und Unternehmensgewinne sowie auf die großen Vermögen getragen werden.

Die entscheidende Bedeutung der sozialen Selbstorganisation

Wir müssen von den Behörden verlangen, dass sie alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Gesundheit und das soziale Wohlergehen der Bevölkerung zu schützen, aber nichts wäre gefährlicher, als sich allein darauf zu verlassen. Die unabhängige Mobilisierung gesellschaftlicher Akteure ist unverzichtbar.

Die Arbeiter*innenbewegung muss für die Einstellung aller unnötigen Produktion und Transporte kämpfen, um sicherzustellen, dass die höchstmöglichen Bedingungen für den Gesundheitsschutz an den unverzichtbaren Arbeitsplätzen eingehalten werden und dass die Einkommen und Verträge der Arbeiter*innen im Falle von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit erhalten bleiben. Es hat bereits Streiks gegeben, die die Stilllegung von Arbeitsplätzen für verzichtbare Produktion wie z. B. Autos fordern, beispielsweise bei Mercedes Benz in Vitoria im Baskenland. Andernorts sind Beschäftigte in unverzichtbaren Diensten, etwa in Krankenhäusern in Frankreich oder bei der Müllabfuhr in Schottland, aktiv geworden, um bessere Sicherheitsbedingungen zu fordern. Lokale Organisationen spielen auf vielen Ebenen eine wesentliche Rolle. Sie tragen dazu bei, die Isolation zu durchbrechen, in der sich die Menschen befinden können, insbesondere Frauen, die oft gezwungen sind, in Zeiten von Ausgangssperren einen noch höheren Anteil von Haus- und

Kinderbetreuungsaufgaben zu übernehmen. Durch die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und LGBT+-Phobie können sie sicherstellen, dass Prekäre, Migrant*innen (besonders solche ohne Papiere) und diskriminierte Minderheiten nicht von dem Schutz ausgeschlossen werden, auf den sie Anspruch haben. Sie können Frauen helfen, für die die Ausgangssperre einen tödlichen Einschluss mit einem gewalttätigen Ehepartner bedeutet. Sie können dafür sorgen, dass tägliche Gesten des Abstandhaltens respektiert werden. In vielen verschiedenen Ländern, etwa in Großbritannien, in den Niederlanden und in Frankreich, gibt es Basisorganisationen auf der Ebene eines Viertels oder eines Wohnblocks, die Hilfe für die anbieten, die sie benötigen (ältere Menschen, Behinderte, Menschen in Quarantäne), und nicht selten zum ersten Mal Kontakte herstellen. In Italien haben sich neben der praktischen Hilfe Gemeinschaften zusammengeschlossen, um die soziale Isolation zu durchbrechen und Solidarität durch Massensingen von ihren Balkonen aus zu zeigen.

Soziale Bewegungen müssen sich auf unabhängiges medizinisches und wissenschaftliches Fachwissen stützen können, um zu wissen, welche Maßnahmen wirksam und unverzichtbar sind, und sie müssen den internationalen Austausch fördern. Ärzt*innen und Forscher*innen sind aufgerufen, mit ihnen zusammenzuarbeiten..

Schließlich ist die Selbstaktivität der sozialen Bewegung eine unersetzliche demokratische Garantie. Der Autoritarismus der Mächtigen kann in Zeiten gesundheitlichen Notstands im Namen der Effizienz gestärkt werden. Die breitestmögliche Mobilisierungseinheitsfront muss sich diesem herrschenden Trend entgegensetzen.

Eine globale Krise der kapitalistischen Gesellschaft

Eine Pandemie ist ein wichtiger Test für eine Gesellschaft. Die Situation in der norditalienischen Lombardei ist ein dramatisches Beispiel dafür, was mit der herrschenden Ordnung geschieht. Die Lombardei ist eine der reichsten Regionen Europas mit einem der besten Krankenhaussysteme. Dieses wurde jedoch durch die neoliberale Politik geschwächt. Es wird jetzt von der Flut schwerkranker Patient*innen überschwemmt, bis zu dem Punkt, dass die Vereinigung der Anästhesist*innen in der Reanimation dazu aufgefordert hat, die Patient*innen zu sortieren und nur diejenigen mit der höchsten Lebenserwartung zu behandeln,

wobei die anderen sterben müssen.

Dies ist keine Situation vergleichbar etwa einem Erste Hilfe-Einsatz nach einem Unfall mit mehreren Opfern, wenn entschieden werden muss, wer zuerst behandelt werden soll, sondern es ist ein Systemversagen, das mit einer anderen Gesundheitspolitik hätte vermieden werden können. In Friedenszeiten führen die bekannten Kürzungen dazu, dass man zur Kriegsmedizin greift, bei der man es aufgibt, alle zu retten! Dies ist ein schrecklicher Zusammenbruch der Solidarität, der in einer der wirtschaftlich und im Gesundheitssektor am weitesten entwickelten Regionen der Welt stattfindet und der morgen anderswo in Europa stattfinden kann.

Eine klare Verurteilung der herrschenden kapitalistischen Ordnung



Die Frage ist nicht, ob sich die Covid-19-Pandemie morgen „normalisieren“ wird, sondern auf Kosten von wie vielen Todesfällen, von wie viel sozialen Verwerfungen. Dies ist eine immer wiederkehrende Frage, da wir in einer Zeit der Rückkehr großer Epidemien (SARS, AIDS, H1N1, Zika, Ebola ...) leben. Der chronische Zustand der Gesundheitskrise ist heute verbunden mit der globalen ökologischen Krise (die globale Erwärmung ist eine ihrer Facetten), dem permanenten Kriegszustand, der Instabilität der neoliberalen Globalisierung und der Finanzialisierung des Kapitals, der Schuldenkrise, der Zunahme von Prekarität und dem Zerfall des sozialen Gefüges, der Ausbreitung zunehmend autoritärer Regime, Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ... Die Bekämpfung der Gesundheitskrise erfordert konkret die Bekämpfung der Diktatur von transnationalen und pharmazeutischen Interessenverbänden oder etwa der Agrarindustrie durch den Widerstand der bäuerlichen Agrarökologie und Agrarforstwirtschaft, der die Wiederherstellung ausbalancierter Ökosysteme ermöglicht. Sie erfordert eine Stadtreform, um den ungesunden Megastädten ein Ende zu setzen.

Sie erfordert allgemein der Logik des Profits die der kostenlosen Pflege entgegensetzen: Jede kranke Person muss unabhängig von ihrem sozialen Status kostenlos behandelt werden ... Unsere Leben sind mehr wert als ihre Profite. Ökosozialismus ist die Alternative zu dieser globalen Krise der kapitalistischen Gesellschaft. Die Antwort auf die Gesundheitskrise sollte eine Mobilisierung gemeinsam mit den anderen Bereichen des Kampfs sein, um diese Alternative zu erreichen. Eine solche Konvergenz von ökosozialistischen und feministischen Kämpfen der Arbeiter*innen muss das Ziel haben, das kapitalistische System, das uns und den Planeten tötet, loszuwerden und eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Exekutivbüro der Vierten Internationale

17. März 2020

Dieser Artikel erschien auf der Homepage der ISO, ihr könnt ihn [hier](#) aufrufen und verbreiten. [English Version](#).

Corona-Krise: Solidarität heißt Menschen schützen

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite! Die Corona-Krise hat im Dezember 2019 in Wuhan begonnen. Die Entstehung des Corona-Virus (Covid-19) liegt immer noch im Dunklen. Das bürokratisch-kapitalistische Regime in China hat zunächst alle Warnungen vor Ort unterdrückt. So konnte sich das Virus in rasender Geschwindigkeit ausbreiten. Die Regierung in Peking behauptet nun, durch ihre „unfehlbare“ Führung die Epidemie gestoppt zu haben.

Weltweit kann davon jedenfalls keine Rede sein. Die tödlichen Gefahren der seit Wochen offenkundigen Pandemie wurden zunächst von interessierten



Kreisen ignoriert oder kleingeredet. Wertvolle Zeit ist zudem von Politik und Behörden aus Unfähigkeit und blinder Rücksichtnahme auf die Logik der Profitmaximierung vergeudet worden.

Jetzt explodieren die Infektions- und zeitverzögert auch die Sterbezahlen – nicht nur in Italien.

Hunderttausende abhängig Beschäftigte werden jetzt in Kurzarbeit geschickt. Mit dem Kurzarbeitergeld (60 % des Nettos für Alleinstehende) werden viele Lohnabhängige schon nach kurzer Zeit vor erhebliche Existenzprobleme gestellt. Noch schlechter geht es kleinen Selbständigen und prekär Beschäftigten, die kein Kurzarbeitergeld erhalten.

Hingegen wird für das Kapital ein riesiger finanzieller „Schutzschirm“ aufgespannt und ihm sogar die Sozialbeitragszahlung für Kurzarbeitende erlassen.

Die Herrschenden verteidigen damit ihr System der Ausbeutung von Menschen und der Ausplünderung der Natur. Erst nachrangig geht es um den Schutz der Menschen vor der Pandemie. Zudem wird die aktuelle Lage für den massiven Ausbau von Überwachungsmaßnahmen genutzt.

Wer ist verantwortlich?

Das Kapital und die ihm dienende Politik üben sich nicht nur in „Schadensbegrenzung“. Sie lenken von ihrer Verantwortung für das Ausmaß der Corona-Katastrophe ab: hemmungslose kapitalistische Globalisierung, Privatisierung von zentralen Bereichen des Gesundheitssektors, weitgehende Missachtung der Gebote des präventiven Gesundheitsschutzes, Verlagerung der Produktion von jetzt fehlenden, aber dringend benötigten medizinischen und pharmazeutischen Produkten in „Low-Cost“-Länder wie China und Indien, massiv reduzierte Vorratshaltung von Desinfektionsmitteln und persönlichen Schutzausrüstungen, als „Kostensenkung“ und „Bürokratieabbau“ bezeichnete Schwächung der Gewerbeaufsicht, der Gesundheitsämter und vor allem des Gesundheitssystems, enormer Personalmangel im Pflegebereich ...

Diese Pandemie ist zum Brandbeschleuniger für die Krise der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft geworden. Das erhöht den Druck auf die arbeitende Klasse.

Kapital und Politik versuchen, die bedrohliche Situation skrupellos für

ihre Interessen auszunutzen. Massive Einschränkungen von Grundrechten wie das „auf Leben und körperliche



Unversehrtheit" (Artikel 2 GG) sowie der Rechte von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen. Aushebelung des Arbeitszeitgesetzes und insbesondere des Verbots der Sonntagsarbeit. Vergesellschaftung von Unternehmensrisiken durch steuerfinanzierte „Schutzschirme“ für Firmen, de facto ausgehöhlte Überprüfung der Genehmigung von Kurzarbeit, Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge der Unternehmen bei Kurzarbeit durch die Sozialkassen.

Die Ausbreitung des Virus stellt alle diejenigen vor extreme Anforderungen, für die Menschen wichtiger als Profite sind. Die Pandemie verändert radikal unser Alltagsleben und schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten ein. Wir müssen deshalb schnell lernen, uns unter bisher unbekannten Bedingungen zu engagieren.

Gesellschaftlicher Aktionsplan

- ⇒ Wir benötigen einen gesellschaftlichen 13-Punkte-Aktionsplan zur entschlossenen Bekämpfung der Corona-Pandemie:
- ⇒ Wirksamer Gesundheitsschutz muss an erster Stelle stehen.
- ⇒ An alle Haushalte ist umgehend ein einheitliches, leicht verständliches Info mit Schutzmaßnahmen gegen Covid-19 zu verteilen und über alle Medien zu kommunizieren.
- ⇒ Beschäftigte in Dienstleistungs-, Handels-, Pflege- und Industriebereichen müssen sofort unter strikter Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften wirksam geschützt werden.

- ⇒ Die völlig unzureichende Zahl von 28.000 Intensivbetten (davon sind 88 % belegt!) ist auf dem schnellsten Weg an die zu erwartende Steigerung von Covid-19-Erkrankungen anzupassen.
- ⇒ 2019 haben bereits 4.700 Intensivpflegekräfte gefehlt. Die Akutversorgung von Covid-19-Erkrankten ist ohne Verzögerung durch ausreichendes Fachpersonal zu sichern.
- ⇒ Medizinisch Ausgebildete müssen jetzt für die Stärkung der Intensivpflege gewonnen werden.
- ⇒ Es wird schnellstmöglich ein staatlich gefördertes und gesellschaftlich kontrolliertes Forschungsprogramm für Impfstoffe gegen Covid-19 aufgelegt sowie ein Produktionsprogramm für ausreichende Testverfahren, persönliche Schutzausrüstungen und Desinfektionsmittel.
- ⇒ Gesundheit darf keine Ware mehr sein! Wesentliche Bereiche der Gesundheits- und Pharmaindustrie sind gemäß Artikel 14 und 15 GG unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Alle geplanten oder laufenden Krankenhausschließungen müssen sofort gestoppt werden.
- ⇒ Alle im Pflegebereich Tätigen erhalten umgehend 500 Euro mehr im Monat. Die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals müssen dauerhaft und spürbar verbessert werden. Nur dann können dauerhaft mehr Menschen für diesen Bereich gewonnen werden.
- ⇒ Statt Kurzarbeitergeld benötigen Beschäftigte im Notfall eine uneingeschränkte Entgeltfortzahlung aus den Gewinnen von Unternehmen und ein Verbot von Entlassungen.

Überall dort, wo es noch keinen sicheren Gesundheitsschutz für Beschäftigte gibt, ist die Erzeugung von nicht lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen einzustellen, mindestens aber stark einzuschränken. Nur so kann die Ausbreitung von Covid-19 maximal begrenzt werden.

Gerade die am meisten benachteiligten Menschen benötigen wirksamen Gesundheitsschutz. Das heißt auch Aussetzen von Sanktionen, Stromsperren und Zwangsräumungen, Anhebung des Regelsatzes, Bereitstellen von Hotelzimmern und Wohnungen für Obdachlose und Illegalisierte, Ausbau von Frauenhäusern für Opfer sexueller Gewalt. Niemand darf zurückgelassen werden!

Nur internationale Solidarität kann im Kampf gegen die Corona-Pandemie Grenzen überwinden.

Was tun?

Wir können nicht davon ausgehen, dass Politik und Kapital die Gesundheit der Menschen vor Wirtschaftsinteressen stellen. Deshalb müssen wir selbst aktiver werden, uns demokratisch organisieren und besser vernetzen.

- Es gilt nun neue Kommunikationswege zu entwickeln, um politische Meinungsbildung und Solidarität auch unter den derzeitigen Notstandsbedingungen aufrechtzuerhalten. Dies gilt insbesondere für betrieblich und gewerkschaftliche Aktive, die am Arbeitsplatz jetzt noch mehr unter Druck gesetzt werden.
- Wir beschränken vorübergehend soziale und politische Kontakte auf ein erforderliches Minimum. Notwendige Kleingruppen-Treffen werden mit maximaler Vorsicht und unter strikter Einhaltung aller Präventions-Regeln durchgeführt.

- Wir versuchen, unseren Beitrag zur Aufklärung zu leisten, um einerseits Panik zu vermeiden und andererseits ein angemessenes Problembewusstsein zu stärken.
- Die anhaltende Abwälzung der gesundheitlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisenfolgen auf die große Mehrheit der Bevölkerung lehnen wir entschieden ab. Mit oder ohne Corona: Wir zahlen nicht für Eure Krise(n)!
- Deshalb rufen wir zur Stärkung solidarischer Zusammenarbeit über alle Organisations-, Bereichs- und Staatsgrenzen auf!

Sekretariat der Internationalen Sozialistischen Organisation/

IV. Internationale, 19. März 2020

Dieser Artikel auf der [Homepage der ISO.](#)

Email: iso@intersoz.org



Ist die Corona-Pandemie Grund für die beginnende Wirtschaftskrise?

Seit mehr als einem Jahr zeichnete sich ein Ende des langen Booms ab. Doch mit allerlei Gesundbetei und Beschwichtigung hoffte man, den Ausbruch der Krise „umschiffen“ zu können. Jetzt, da die Aktienkurse abstürzen, versuchen die Apologeten des Kapitalismus den Ausbruch der Krise der Corona-Pandemie anzulasten.

Ohne Zweifel spielt die Corona-Pandemie eine gewisse Rolle, aber nur als aktueller Auslöser. Sie ist nicht der Grund für die einsetzende Krise, wiewohl sie in einzelnen Bereichen als zusätzlicher Faktor die Krise noch verschärfen wird (zurzeit ist dies auf jeden Fall für China und für Italien absehbar). Die Ursachen der ausbrechenden Krise liegen tiefer und sind systembedingt.

Nur „fünf Väter des Börsencrashes“?

Die *Wirtschaftswoche* schreibt, unter dem Titel „[Die fünf Väter des Börsencrashes](#)“: „Die Angstbarometer an den Börsen haben den höchsten Stand seit dem Finanzkrisencrash erreicht. Die Volatilitätsspitzen aus den Jahren 2010 und 2015 wurden bis zur Stunde (Montag, 9. März, nachmittags) um mehr als ein Fünftel übertroffen. [...] Die Turbulenzen an den Börsen sind derzeit so heftig und brisant, weil sich mittlerweile eine gefährliche Mischung zusammenbraut.“

Zu den fünf Vätern des Börsenkrachs zählt die *Wirtschaftswoche*:

- a) die Corona-Pandemie,
- b) die Konjunkturkrise (die *Wirtschaftswoche* behauptet: „Noch bis vor wenigen Wochen gab es Anzeichen sowohl von volkswirtschaftlicher Seite als auch von den Unternehmen, dass die befürchtete Rezession umschiffen werden könnte“),
- c) die „Transformationskrise“ (gemeint ist vor allem die Autoindustrie),
- d) „Turbulenzen bei Währungen, Rohstoffen und Schwellenländern“ und schließlich fünftens:
- e) „Die Abwärtsspirale an den Märkten entwickelt eine gefährliche Eigendynamik. Hier trifft es nicht nur Banken, denen in einer ohnehin wackligen Lage plötzlich wieder neue Abschreibungen drohen.“

Ist die Corona-Pandemie Grund für die beginnende Wirtschaftskrise?

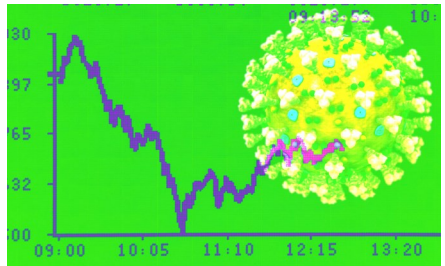
Diese fünf Faktoren spielen zwar alle in die beginnende Krise hinein, aber erstens sind diese Faktoren hier nicht gewichtet und zweitens ist damit das Systemische völlig ausgeblendet, so als hätte mit entsprechenden Maßnahmen und ohne das Corona-Virus die Krise tatsächlich umschifft werden können.

Im Grunde wussten alle Bescheid

Dass man mit korrekter Wirtschaftspolitik eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft vermeiden kann, meint auch die *Süddeutsche Zeitung (SZ)*. Im August 2019 schrieb sie unter dem Titel:

„Konjunktur: Es droht die nächste große Wirtschaftskrise und alle schauen zu“:

„Sollte die Weltwirtschaft tatsächlich einbrechen, wäre es eine Rezession mit Ansage. Und die großen Nationen sind keinesfalls besser vorbereitet als 2008 im



Gegenteil. [...] 2020 könnte das Jahr der nächsten großen Wirtschaftskrise werden und anders als vor elf Jahren wissen diesmal alle seit Monaten Bescheid. Sollte es tatsächlich zum Einbruch kommen, wäre es die Krise mit der wohl längsten Vorwarnzeit, die es je gab, eine Rezession mit Ansage gewissermaßen, ein langsamer, freiwilliger Abstieg in die Schlangengrube.“

Doch auch ein breites Erkennen der Warnungen hätte nichts geändert, denn die Ursachen liegen in den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation. Dass der jetzt zu Ende gehende Boom überhaupt 10 Jahre lang anhielt, ist einigen außergewöhnlichen Faktoren geschuldet, vor allem dem gewaltigen Aufschwung der gelenkten chinesischen Volkswirtschaft und dem Reinholen der Krisenfolgen von 2009 in die Staatshaushalte, also die Vergesellschaftung der Verluste (nicht nur im Bankensektor) mittels massiver staatlicher Subventionen. Inzwischen aber international seit 2017 kommen die zwei entscheidenden Faktoren für das Heranreifen und den Ausbruch der kapitalistischen Krise wieder voll zum

Ist die Corona-Pandemie Grund für die beginnende Wirtschaftskrise?

Tragen: Zum einen die Überakkumulation in entscheidenden Sektoren der Wirtschaft, wovon die Krise der Automobilindustrie nur ein zugespitzter Ausdruck ist; zum anderen die fehlende aggregierte Kaufkraft, also die der Endverbraucher sowie des Staates.

Doch auch ein breites Erkennen der Warnungen hätte nichts geändert, denn die Ursachen liegen in den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalakkumulation.

Diese Grundkonstellation war nicht vermeidbar, denn die Einschränkung der privaten Kaufkraft mittels Niedriglöhnen, Prekarisierung usw. war schließlich überhaupt eines der wesentlichen Elemente für die Verlängerung des Konjunkturzyklus gewesen. Jetzt, da sich diese Elemente erschöpft haben, gibt es keine ausreichenden Möglichkeiten mehr, der Überakkumulation entgegenzuwirken. Auch die vorsichtigen keynesianischen Maßnahmen die inzwischen das DIW (abgeschwächt auch die SPD) fordert, kann daran nichts ändern, denn selbst der deutsche Staat hat nicht die ausreichenden Mittel, um dem entgegenzuwirken, von den schwindenden Absatzmöglichkeiten im Ausland noch ganz abgesehen.

Die Krise begann 2018/2019

International gehen die Anfänge der krisenhaften Entwicklung auf das Jahr 2017 zurück, was ganz nebenbei auch einer der entscheidenden Faktoren für den Handelskrieg war und immer noch ist, losgetreten vor allem von der US-Administration („America first“). Diese krisenhafte Entwicklung hat sich dann 2018 und vor allem 2019 auf weite Teile der Weltwirtschaft ausgedehnt. Starke Rückgänge des BIP-Wachstums gab es vor allem in China, aber auch in Japan, Frankreich, Deutschland usw. So ging beispielsweise die Automobilproduktion in Deutschland von Oktober 2018 auf Oktober 2019 um 14 Prozent zurück (*Financial Times* 6./7. Dez. 2019). Allein im letzten Quartal 2019 ging in Deutschland auch der Umsatz im Maschinen- und Anlagenbau zurück, nämlich um 4,4 %.

Krisenverschärfend ist auch das Auftauchen von wachsenden ökologischen und politischen Problemen. In der Automobilindustrie

Ist

kamen zur Sättigung des Marktes und zur Überakkumulation noch der Dieselskandal hinzu wie auch der politische Druck (v. a. in China) zur Umstellung auf Elektroautos. An den damit verbundenen Transformationsschwierigkeiten ändern auch die staatlichen Kaufprämien nur wenig. Denn für die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur (vor allem der Ladesäulen, aber auch ausreichender elektrischer Energie, von sauberer Energie noch ganz zu schweigen) wird auch dem Staat bald die Puste ausgehen. Krisenverschärfend ist auch das Auftauchen von wachsenden ökologischen und politischen Problemen.

Nicht gerade hilfreich für die ungehinderte Kapitalverwertung waren und sind die politischen Konstellationen und die Maßnahmen zum Schutz der jeweiligen nationalen Wirtschaft. So hat die amerikanische Zentralbank, die „Fed“, jetzt ihren Leitzins gesenkt, um der anlaufenden Krise entgegenzuwirken. Aber der Effekt ist mehr als zweifelhaft, denn es zieht Geld aus den USA ab. Damit „ist die Rendite zehnjähriger amerikanischer Staatsanleihen auf den tiefsten Stand seit mehr als 100 Jahren gefallen. Dieser Absturz hat die Differenz zu den Renditen in Euroland (minus 0,73) erheblich schrumpfen lassen.“ (*Wirtschaftswoche*, [a.a.O.](#))

Die dadurch entstehende Aufwertung des Euros hat negative Auswirkungen sowohl für die deutsche Exportindustrie wie auch für die Wirtschaft vieler Schwellenländer. Es könnte sich sogar wirklich eine Abwärtsspirale an den internationalen Währungsmärkten entwickeln.

Dass in diesem Zusammenhang die Krise der EU nicht gerade hilfreich ist, liegt auf der Hand. Das Kapital ist schließlich seinem Wesen nach um internationale Wirkungsmöglichkeit und nicht um Abschottung oder neue Zollbarrieren bemüht. (s. hierzu J. Schäfer, 5.1.2017 auf der [Webseite der ISO](#))

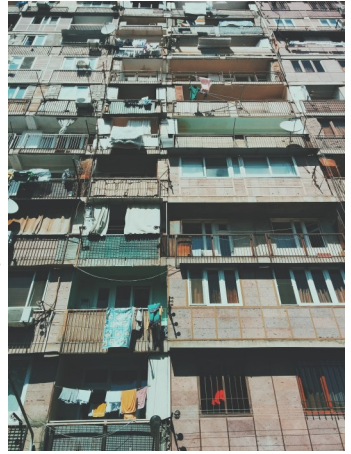
Ölpreisentwicklung und Aktienkurse

Zu allem Überfluss kommt nun noch der Streit um die Ölförderung hinzu, deren Exponenten Saudi-Arabien und Russland den Konflikt anheizen. Kurzfristig bedeutet billigeres Öl zwar eine „Entlastung“ für die meisten

Ist die Corona-Pandemie Grund für die beginnende Wirtschaftskrise?

Unternehmen (wenn wir von der amerikanischen Fracking-Industrie absehen), aber insgesamt wirkt der sinkende Ölpreis im Moment eher als Unsicherheitsfaktor.

Parallel dazu stellen wir fest, dass viele „institutionelle Anleger“ und nicht wenige Milliardäre seit Mitte/Ende Februar Aktienpakete verkaufen bzw. „rechtzeitig“ verkauft haben, was die Kurse nach unten drückte und immer noch drückt. Diese „Gewinnmitnahmen“ sind für diese Anleger in



den letzten Wochen vorneweg Goldman Sachs, Vanguard, Black Rock, Bank of America und Citigroup das Natürlichste der Welt. Sie wussten, dass die Überbewertung vieler Aktien seit annähernd drei Jahren nicht ewig anhalten konnte. Zu weit hatten sich die Kurs-Gewinn-Verhältnisse von einem realistischen Maß entfernt. (in den letzten 10 Jahren wurden vor allem von Adidas, Beiersdorf, Telekom, Linde, Henkel, Merck usw. Spitzenwerte erreicht. Jetzt gehen die Finanzjongleure in die Staatsanleihen (einfach, weil diese sicherer sind). Die Überbewertung vieler Aktien seit annähernd drei Jahren konnte nicht ewig anhalten.

Und als wäre all das noch nicht genug: Wir dürfen nicht übersehen, dass es in einigen Ländern eine beträchtliche Immobilienblase gibt (2009 war dies vor allem in Spanien der Fall). Heute sind neben China vor allem Schweden und Frankreich betroffen, in begrenztem Maß auch Deutschland.

Zur Erläuterung des aktuellen Ausmaßes: 2005 (dieses Jahr galt als „blasenfrei“) musste ein Käufer/eine Käuferin in München noch 27,5 Jahresmieten in den Kauf einer Mietwohnung investieren. 2019 waren es bereits 41,6 Jahresmieten. Wichtiger noch ist der Bezug auf das Jahresnettoeinkommen: 2005 lag dieser Wert in München bei dem 6,6fachen des Jahreseinkommens, im Jahr 2019 waren 12,5 Jahreseinkommen für den Kauf einer Wohnung erforderlich.

Ist die Corona-Pandemie Grund für die beginnende Wirtschaftskrise?

In zehn deutschen Großstädten ist die Blasengefahr hoch: Berlin, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln, München, Stuttgart. Das DIW rechnet zwar mit einer Verlangsamung der Immobilienpreisentwicklung, aber wenn die Wirtschaftskrise durchschlägt, kann die vorhandene Immobilienblase sehr schnell zu einem zusätzlich verschärfenden Moment werden.

Ganze Länder vor dem Bankrott

In den letzten Tagen stand vor allem der Libanon wegen drohender Zahlungsunfähigkeit in den Schlagzeilen. Nicht viel besser sieht es aber im Iran aus und in der EU ist es vor allem Italien, das die Herrschenden zittern lässt. Dort hatte sich in den letzten fünf Jahren (und verschärft seit 2018) eine neue Bankenkrise

abgezeichnet. Seit dem 10. März ist Italien wegen der Corona-Epidemie zur Sperrzone erklärt worden. Kommt es in diesem Zusammenhang zum



Zusammenbruch auch nur einer einzigen halbwegs bedeutenden Bank, gerät das ganze italienische Bankensystem ins Wanken. (Die faulen Kredite italienischer Banken werden auf über 360 Mrd. € geschätzt, davon allein über 80 Mrd. bei der UniCredit.) Und da die Kredite international vergeben bzw. abgesichert sind, wird dies unmittelbar verheerende Auswirkungen auf die gesamte EU haben. Bei uns sind in dem Fall vor allem die Deutsche Bank und die Commerzbank stark betroffen. Sofort wird die Debatte neu entfacht werden, ob die EU (resp. EZB) eingreifen kann oder soll. Genau diese Art der Fragestellung hatte übrigens (damals wegen der Griechenlandkrise) maßgeblich zum Entstehen der AfD (Lucke) beigetragen und für den Auftrieb des Nationalismus gesorgt.

Ist die Corona-Pandemie Grund für die beginnende Wirtschaftskrise?

Im Vergleich zu 2009 gib es heute einen wesentlichen Unterschied: In vielen Ländern (Deutschland gehört erst in zweiter Linie dazu) verfügt der Staat aufgrund der damaligen Vergesellschaftung der Verluste im Bankensektor über deutlich weniger finanzielle Möglichkeiten, Banken und andere Unternehmen aus der Krise freizukaufen, indem er dort einsteigt und die Verluste übernimmt. Das engt den Handlungsspielraum ein und verschärft gleichzeitig den Druck auf die Lohnabhängigen, bei drohenden größeren Zusammenbrüchen dramatische Lohneinbußen hinzunehmen. Die Erleichterung von Kurzarbeit wird nur einen geringen Teil der zu erwartenden Schwierigkeiten abfangen.

Jakob Schäfer ist Mitglied der ISO, ehemals in der Metallindustrie gewerkschaftlich aktiv, im Ko-Kreis der [Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften](#), lebt in Wiesbaden und ist engagiert sich für den [Nulltarif im Nahverkehr](#) und ist Redakteur des Magazins „[Die Internationale](#)“ und Autor zahlreicherer Publikationen.

„Wir liefern – bis zum letzten Atemzug ...“

Ein Streifzug durch Betriebe in Zeiten von Corona

Die Straßen leer, der Himmel blau. Draußen scheint alles zu ruhen. Der Ruf nach der Ausgangssperre scheint im Netz für einen Moment zu verhallen, der Ernst der Lage ist verstanden. Die wirksamste Maßnahme ist ein Treffen in Gruppen zu vermeiden. Kommunale Parlamente – ausgesetzt. Spielplätze – geschlossen. Gaststätten – zu. Doch hinter den Werkstoren tobt die Arbeit und der Klassenkampf unbeeindruckt weiter.



In Ausnahmesituationen reden wir über den Alltag, wir kommen schneller ins Gespräch, schneller zu dem was uns Nahe geht – mit gebührendem Abstand von zwei Metern, besser noch online im Chat. Schnell geht es gerade auch um die Arbeit: die einen gekündigt, die anderen vor der Pleite, im Homeoffice mit Kindern,

entspannt und freigestellt oder weiter im Büro, in dem nichts zu tun ist, während der Chef in der Zeitung posiert und appelliert zu Hause zu bleiben. Frech. Die einen schuften am Limit, andere arbeiten fast als ob nichts geschieht, sollen dafür aber in der Freizeit Abstand halten, als gäbe es Corona nur hinter der Stechuhr. Das Unsichtbare ist spürbar und verunsichert. Eingequetscht zwischen den Stühlen. Auf dem einen thront Corona und mahnt zu Abstand. Auf dem anderen der Chef, der einen nicht zu Hause bleiben lässt. Im öffentlichen Raum sind mehr als zwei zu viel, aber hinter den Toren, egal ob aus Glas oder Blech, wird weiter produziert, nebeneinander, aneinander. Ein VWler berichtet, wie sich Azubis in der Kantine auf die Pelle rückten. Die Unruhe spürbar, alle nervös, aber versucht nicht panisch zu wirken.

„Wir liefern - bis zum letzten Atemzug ...“

Der Betriebsrat fordert Produktionsstopp, denn wo ist die Gefahr größer als unter Tausenden Beschäftigten? Ich schreibe mit Kollegen von Daimler, die hoffen, dass auch sie zu Hause bleiben können. Dann endlich kommt die Ankündigung des Stopps. Natürlich erst wenn die Überstunden abgebaut sind, damit die Kurzarbeit auch greift.

Ein anderes Unternehmen schickt relativ früh zumindest die Azubis nach Hause. Eine gute Sache. Eine soziale Geste? Nein. Es wird gemunkelt, dass nicht der Schutz der Azubis der Grund war, sondern der Schutz des Betriebs vor ihnen. Die feiern am Wochenende und legen damit den Betrieb lahm. Und Fachkräfte finden sich nun mal nicht so schnell.



BMW, VW, Daimler kündigen Mitte März endlich an einen Produktionsstopp einzulegen. Fürchtet der Vorstand, dass die sichtbare Unruhe in einigen Bereichen in eine kollektive Aktion umschlägt und auf andere Bereiche überspringt? Oder sind es dann doch die Lieferengpässe?

Bei anderen brummt es richtig. Krauss-Maffai Wegmann – der Parkplatz so voll wie vorm Edeka in den letzten Tagen. Bei Amazon: „Wir erfahren nichts, nur ab und zu wird jemand vom Krankenwagen abgeholt.“ Jemand aus der Baubranche erzählt, irritiert lächelnd, wie ein Holzlieferant zu ihnen meint: „Wir arbeiten weiter, bis zum letzten Atemzug“. Bei Corona ist das wörtlich. Es sind Hilfeschreie, die verhallen, aber sie gehen tief ins Ohr.

„Wir liefern - bis zum letzten Atemzug ...“

Ich bin im Homeoffice. Außer manches aus der solidarischen Nachbarschaftshilfe lässt sich vieles online erledigen, weniger ist es deswegen nicht, alles muss anders laufen. Doch diese Distanz, in Kombination mit der Dringlichkeit da draußen zerreißt das Herz. Ich möchte laut rausschreien: Schließt endlich die Betriebe, lasst die Arbeit liegen. Auch wenn der Chef das nicht will, der sich nach seinem Skiurlaub in Ischgl im Homeoffice zurückzieht und um 21 Uhr vielleicht auch mal zum Klatschen raus geht. Macht, was ihr für richtig haltet. Leute, legt die Arbeit nieder,

...Auch wenn der Chef das nicht will, der sich nach seinem Skiurlaub in Ischgl im Homeoffice zurückzieht

kommt erst nach Corona wieder! In Betrieben, in denen keine Regelung gefunden wird, keine Schutzmaßnahme eingehalten wird, die Arbeit jetzt nicht notwendig ist, wird der Kampf gegen Corona identisch

mit dem Kampf gegen den Chef. In Italien gab es nach Streiks die Entscheidung nicht-essentielle Unternehmen vorübergehend zu schließen. In der Schweiz fordert die Gewerkschaft Unia dasselbe und macht Druck, etwa in der Baubranche, wenn Schutzmaßnahmen nicht eingehalten werden. Während in Italien, Frankreich, USA, Spanien wilde Streiks zur Durchsetzung von Zielen führen, wird hier erstmal erwartungsvoll auf überforderte Betriebsräte und sich konsolidierende Gewerkschaftsbüros und Vorstände geschaut. Auf den Internetseiten der Gewerkschaften hierzulande erfährt man zu allererst, wie es rechtlich gerade aussieht und das bleibt meist wage, widersprüchlich wie so vieles. Ist das Recht für Zeiten von Corona gemacht? Sollte es das? Manche Chefs verneinen dies mit einer Selbstverständlichkeit und meinen damit, dass die Mitbestimmung jetzt nicht greifen kann. Manche Betriebsräte

„Wir liefern - bis zum letzten Atemzug ...“

lassen ihr Mandat zum Teil ruhen, oder produzieren Betriebsvereinbarungen am Fließband, mal hört es sich ganz gut an, mal wird breit verzichtet. Die Behörden ahnden gerade nicht und verweisen auf Abmachungen im Betrieb oder mit dem Betriebsrat. Wo es die halt gibt. Auf den Schlachtfeldern des Marktes werden mal wieder die ArbeiterInnen geopfert.

Die versorgungskritischen Bereiche

Müssten jetzt nicht Frauen oder Familienangehörige einzeln vor Betrieben stehen, um das Aussetzen der derzeit nicht notwendigen Produktion zu fordern? So lange die männerdominierten Branchen der Industrie das Risiko der Verbreitung des Virus nicht vermindern, wäre die Frauenbewegung jetzt nicht nötiger denn je? Zum Schutz der Familien, der Frauen, die in versorgungskritischen Bereichen an ihr Limit gehen.

Denn auch das ist Ergebnis von Corona. Die Unsichtbaren werden sichtbar. All die prekär Beschäftigten, vor allem Frauen, die den Laden am Laufen halten. Frauen im Einzelhandel berichten, wie sie von Kunden bedrängt werden, viele berichten wie sie beim Einkaufen nicht nur auf leere Regale sondern auch weinende Kassiererinnen treffen. Busfahrer, die weiter dafür sorgen, dass Leute zur Arbeit kommen. Der Personalmangel ist so groß, dass zumindest keine Fahrkarten mehr verkauft werden und Zustieg nur noch an der Hintertür ist. Dort drängen sich die Leute dafür umso mehr. Pflegerinnen schreien auf. Seit Jahren wurde das Gesundheitssystem runter gewirtschaftet. Nun rächt es sich. Pflegerinnen auf Stationen posten Bilder unter dem Slogan „Wir arbeiten für euch, bleibt ihr für uns zu Hause“. Menschen in der Altenpflege, Handwerker, sie alle sind ab sofort offiziell systemrelevant. Doch als Dank gibt es bisher vor allem

„Wir liefern - bis zum letzten Atemzug ...“

warme Worte. Man müsste meinen, die beste Zeit um Forderungen durchzusetzen. Doch in Zeiten von Corona fällt das Streiken in diesen Bereichen schwer. Ich bin kein Fan von Generalstreikforderungen zu jeder Zeit. Doch wie wäre es, wenn zumindest jene, in den „nicht essentiellen“ Betrieben sich dem Klatschen vom Balkon während der Arbeitszeit für fünf Minuten anschließen, um damit jenen Gewicht zu verleihen, die in der Dienstleistungsbranche das Überleben sicher stellen. Vielleicht eine naive Spinnerei. Aber manches hat sich in den letzten Tagen überschlagen. Corona macht auch das möglich.

Violetta Bock, Mitglied der ISO arbeitet in der Redaktion der [SoZ](#) für den Bereich Betrieb und Gewerkschaft, ist Stadtverordnete der [Kasseler LINKEN](#) und unterstützt als Organizerin bei [OKG](#) und in der [Rothen Ecke](#) Kolleg*Innen in Betrieben und Stadtteilen. Dazu hat sie vieles geschrieben oder übersetzt. Einen Link zu ihrem Lieblingsbuch zum Thema Organizing findet ihr [hier](#)—oder wenn ihr vorm Bestellen erstmal Reinhören wollt dann geht es [hier](#) weiter.

8 Thesen zum Coronavirus

Auch wenn der Wirtschaftsabschwung bereits vor dem Auftreten von Covid-19 begonnen hatte, so lassen sich die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie (Produktionsausfälle, Unterbrechung der Lieferketten, massive Ausfälle im Luftverkehr und Tourismus etc.) genauso wenig leugnen wie die ernsthafte Gefahr, die von dem Virus ausgeht.

1. Mit ihrem überfallartigen Auftreten und dem exponentiellen Wachstum wirkt die Epidemie als besonderer Verstärker der bereits vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Krise. Zugleich zeigt sie, wie anfällig das kapitalistische System ist und welche Gefahren es für die einfache Bevölkerung mit sich bringt, insbesondere wegen des systembedingten Produktivismus, der auf fossilen Energien basiert und die Hauptursache für die Umwelt- und Klimakrise ist, unter der besonders die Schwächsten der Gesellschaft zu leiden haben.

2. Die Eindämmung der Epidemie hätte rasche Maßnahmen erfordert, wie die strikte Kontrolle des gesundheitlichen Zustands der Reisenden aus betroffenen Regionen, die Identifizierung und Isolierung von infizierten Personen, Transportbeschränkungen und eine umfassendere medizinische Versorgung und Vorsorge. Die kapitalistischen Regierungen sind gefangen in ihrer neoliberalen Politik, mit der sie den wirtschaftlichen Abschwung aufhalten wollen und haben daher nur zögerlich und selbst dann nur halbherzig gehandelt, weswegen sie anschließend – als Getriebene der Ereignisse – gezwungen waren, strengere Maßnahmen zu ergreifen, ohne freilich die Ausbreitung des Virus aufhalten zu können. Die Ersetzung der Lagerhaltung in der Produktion durch just-in-time-Lieferungen, die Sparpolitik im Gesundheits- und Forschungswesen sowie die Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit – all dies muss anlässlich des Ausbruchs dieser Krise angeprangert werden.

3. Anlässlich der 2002 ebenfalls durch ein Corona-Virus verursachten SARS-Epidemie haben Wissenschaftler*innen Alarm geschlagen. In Europa und den USA wurden Grundlagenforschungsprogramme empfohlen, die es ermöglicht hätten, diese Viruskategorie besser zu verstehen und ihr Wiederauftauchen in anderen Formen zu verhindern. Die Regierungen haben sich geweigert, dies zu finanzieren. Eine absurde Politik, aber maßgeschneidert für die Belange der Pharmaindustrie, der damit die Forschung in diesen Bereichen überlassen blieb, obwohl deren Anliegen nicht die öffentliche Gesundheit, sondern der Profit durch den Verkauf von Medikamenten an zahlungskräftige Patienten ist.

4. Wie bei jeder unvorhergesehenen Störung wurde die Epidemie zunächst kleingeredet. Nach dieser Banalisierung kam es anschließend zur Panik, die wiederum von Verschwörungstheoretikern und anderen Demagogen instrumentalisiert werden kann, um autoritären Maßnahmen zur technologischen Kontrolle der Bevölkerung und zur Einschränkung der demokratischen Rechte den Weg zu bereiten wie in China und Russland. Darüber hinaus droht die ernsthafte Gefahr, dass Covid-19 von den Faschisten*innen als Vorwand benutzt wird, um ihre rassistische Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen zu rechtfertigen und zu verstärken.

5. Die Linke kann sich keineswegs darauf beschränken, die „exogene“ Gesundheitskrise als bloßen Teilaspekt der systemimmanenten kapitalistischen Wirtschaftskrise zu behandeln. Sie muss vielmehr die Gesundheitskrise an sich bewerten und Vorschläge entwickeln, um sie auf soziale, demokratische, antirassistische, feministische und internationalistische Weise zu bekämpfen. Entgegen individualistischer Sichtweisen muss sie sich auch selbst kollektiv verantwortlich im Sinne einer Kontaminationsprophylaxe verhalten und dies auch in den sozialen Bewegungen so propagieren. Anders als beispielsweise bei den Maßnahmen zur Einschränkung des Autoverkehrs, die seinerzeit manche Regierungen als Reaktion auf den „Ölschock“ ergriffen haben, kann sich hier niemand der eigenen Verantwortung für die Gesundheit entziehen, sowohl der eigenen als auch der der Angehörigen und der übrigen Bevölkerung, ganz zu schweigen von der Verantwortung gegenüber dem

globalen Süden. Entweder nehmen die sozialen Bewegungen diese Frage selbst in die Hand demokratisch und ausgehend von der konkreten sozialen Realität der beherrschten Klasse oder die herrschende Klasse wird ihre autoritären Lösungsvarianten durchsetzen.

6. Die Hauptgefahr der Epidemie besteht darin, dass die Kapazität der stationären Versorgungssysteme überschritten wird. Dies würde unweigerlich zu einer stärkeren Belastung der Ärmsten und Schwächsten, insbesondere der älteren Menschen, führen und zu einer Verlagerung der Pflege in die Haushalte, mithin also zu Lasten der Frauen. Diese Kapazitätsgrenze hängt natürlich von den einzelnen Ländern, den jeweiligen Gesundheitssystemen und der dort praktizierten Spar- und Prekarisierungspolitik ab und sie wird um so schneller erreicht sein, je mehr die Regierungen der Ausbreitung des Virus hinterherlaufen, anstatt sie zu verhindern. Die gegenwärtige Virusepidemie zeigt einmal mehr, dass die Austeritätspolitik beendet, die Reichtümer umverteilt, der Gesundheitssektor wieder finanziell besser ausgestattet und in staatliche Hände übernommen und Patente im Gesundheitswesen abgeschafft werden müssen. Zudem geht es um Gerechtigkeit gegenüber dem globalen Süden und den Vorrang für die sozialen Bedürfnisse. Letzteres bedeutet insbesondere: Verbot der Entlassung von Infizierten, volle Lohnfortzahlung bei Kurzarbeit, Beendigung der Kontrollen, „Aktivierungsmaßnahmen“ und Sanktionen gegen Sozialhilfeempfänger*innen etc. Gerade und vor allem bei diesen Themen müssen wir uns positionieren, um gegen irrationale Reaktionen und ihr Potential rassistisch-autoritärer Auswüchse anzugehen.

7. Die Covid-19-Krise und die Klimakrise ähneln sich in vielerlei Hinsicht. Bei beiden ist das kapitalistische System wegen des innewohnenden, profitgetriebenen Zwangs zur Akkumulation außerstande, drohenden und ganz offenkundigen Gefahren zu begegnen. In beiden Fällen schwanken die Regierungen zwischen Banalisierung des Problems und völlig unzureichenden politischen Maßnahmen, deren Sorge in erster Linie den Bedürfnissen des Kapitals und nicht denen der Bevölkerung gilt. In beiden Fällen stehen die Ärmsten, die rassistisch Diskriminierten und die Schwächsten, vor allem in den Ländern des Südens, im Fadenkreuz,

während die Reichen davon ausgehen können, dass sie immer eine Lösung finden werden. In beiden Fällen nutzen die Regierungen die drohende Gefahr, um einen starken Staat voranzutreiben, während die rechtsextremen Kräfte die vorhandenen Ängste nutzen wollen, um ihre widerlichen malthusianischen und rassistischen Losungen zu verbreiten. In beiden Fällen schließlich steht das kapitalistische Wertgesetz in krassem Widerspruch zu Naturgesetzen mit einer exponentiellen Dynamik (im einem Fall die Ausbreitung der Virusinfektionen und im anderen die globale Erwärmung und die davon ausgehenden sich verschärfenden Folgen).

8. Die Klimakrise ist jedoch bei weitem umfassender und gravierender als die Corona-Krise. Das Gleiche gilt natürlich auch für deren Folgen, wenn die Ausgebeuteten und Unterdrückten sich nicht zusammenschließen, um diese absurde und kriminelle Produktionsweise zu beenden. Covid-19 ist eine weitere Warnung: Der Kapitalismus, der die Menschheit in die Barbarei treibt, muss gestürzt werden.

Daniel Tanuro ist Agraringenieur, Umweltaktivist, Ökosozialist. Er hat die belgische NGO Klima und soziale Gerechtigkeit mitgegründet. Er ist Mitglied von Gauche Anticapitaliste / SAP Antikapitalisten, der belgischen Sektion der Vierten Internationale und veröffentlicht viele Beiträge auf deren Webseiten <https://www.gaucheanticapitaliste.org/> und <https://www.sap-rood.org>. Auf Deutsch liegt sein Buch zur Kritik des „grünen Kapitalismus“ vor: *Klimakrise und Kapitalismus*, aus dem Französischen übersetzt von Paul B. Kleiser u. Ulla Varchmin, Köln: Neuer ISP Verlag, 2015, 181 S., ISBN 978-3-89900-146-4, € 19,80. Es kann [hier](#) bestellt werden.

Unsere einzige Chance ist und bleibt—Solidarität

Wenn es jemals eine Zeit gab, zu sagen: "Ich kämpfe für jemanden, den ich nicht kenne", dann jetzt. Wenn wir es jemals so gemeint haben, als wir sagten: "Ein Angriff auf einen ist eine Angriff auf alle...", dann verstehen wir jetzt, warum das so ist.

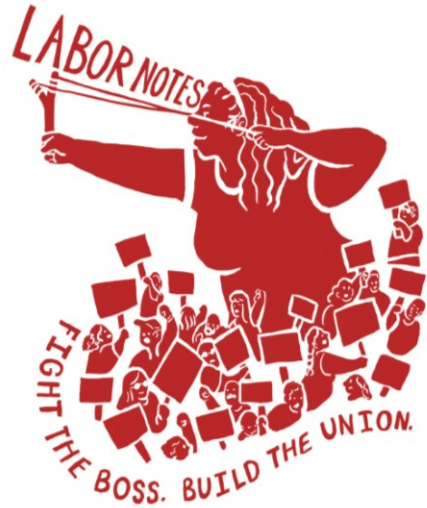
Die von der Arbeiterbewegung hochgeschätzten Werte der Solidarität und Geschwisterlichkeit sind unsere einzige Chance, wenn wir nicht wollen, dass unsere Ältesten vor ihrer Zeit sterben.

Wenn die Hälfte der US-Bevölkerung das Coronavirus abbekommt und wir uns nicht auf die Situation vorbereiten, könnten, von Italien aus gesehen, 1,6 Millionen Menschen sterben.

Die Sache ist die, dass unser natürlicher menschlicher Drang, unsere Nachbarn zu erreichen, kontraproduktiv ist, weil das Virus so ansteckend ist. Alle stückweisen, privaten, persönlichen Anstrengungen werden beiseite gewaschen, wie die Dämme durch den Hurrikan Katrina. Wir brauchen Solidarität als ganze Gesellschaft.

Diese Krise zeigt die Notwendigkeit einer schnellen, koordinierten und gut finanzierten Reaktion einer Regierung, die Menschenleben über den Profit stellt. Jeder muss einbezogen werden, und niemand ausgeschlossen. Wir brauchen Führungspersönlichkeiten, die diese Situation als einen Notfall im Bereich der öffentlichen Gesundheit und nicht als eine Krise der Öffentlichkeitsarbeit betrachten.

Diese Regierung haben wir nicht. Es liegt also an uns, das einzufordern, von dem wir wissen, dass es machbar ist: ein Eingreifen



Unsere einzige Chance ist und bleibt—Solidarität

der Regierung, um es allen - nicht nur den Reichen - zu ermöglichen, das Richtige zu tun:

- ⇒ Wir brauchen bezahlte Krankheitstage, damit die Arbeitnehmer zu Hause bleiben können, und die Aufhebung der Arbeitgeberpolitik, die die Arbeitnehmer dafür bestraft, dass sie ihre Krankheitstage überhaupt nutzen. Das Gesetz, das letzte Woche vom Repräsentantenhaus verabschiedet wurde und dem Präsident Trump widerwillig zugestimmt hat, schließt Arbeitgeber mit mehr als 500 Beschäftigten (das sind 54 Prozent der Belegschaft) aus, und es erlaubt kleinen Arbeitgebern, sich gegen Familien- und Krankheitstage zu entscheiden.
- ⇒ Wir brauchen für die Dauer dieser Krise einen universellen freien Zugang zur Gesundheitsversorgung - und so bald wie möglich eine Krankenversicherung für alle. Ohne diese ist die Gesundheitsversorgung beschränkt für diejenigen, die es sich leisten können.
- ⇒ Wir benötigen eine erweiterte, vom Bund bezahlte Arbeitslosenunterstützung für die Entlassenen und für diejenigen, die von Trinkgeld und Auftritten leben.
- ⇒ Wir brauchen ein Stop von Zwangsräumungen, Zwangsvollstreckungen und Abschaltungen von Versorgungseinrichtungen. Halten Sie die Menschen in ihren Häusern und drängen Sie nicht in die Notunterkünfte. Für die plötzlich nicht oder unterbeschäftigten Menschen brauchen wir Mietzuschüsse.
- ⇒ Wir müssen die Mitarbeiter des Gesundheitswesens mit der Ausstattung schützen, die es ihnen ermöglicht, weiterhin für uns alle zu arbeiten - und diese Katastrophe zu überleben. Wir müssen Fabriken verstaatlichen, die Masken, Kittel und

Unsere einzige Chance ist und bleibt—Solidarität

Beatmungsgeräte herstellen können - ganz zu schweigen von Testkits und schließlich Impfstoffe - und für den menschlichen Bedarf und nicht für den Profit produzieren.

- ⇒ Wir brauchen den Schutz und die Solidarität mit den asiatischen Amerikanern, die einige Dummköpfe ins Visier genommen haben, als wären sie für das Virus verantwortlich.
- ⇒ Wir brauchen internationale Zusammenarbeit, um von Ländern zu lernen, die bessere Arbeit leisten als die USA.

Wer soll das bezahlen?

Wenn Gewerkschaftsmitglieder bei Vertragsabschluss Forderungen stellen und wenn politische Kandidaten mutige Vorschläge machen, erklingt immer der Refrain "Aber wie wollen Sie das bezahlen?" Aber wir wissen, dass das Geld da ist - es ist nur in den falschen

Taschen. Die 1,5 Billionen Dollar, die die US-Notenbank in die Wall Street investiert hat, zeigen, dass es eigentlich kein Problem ist, schnell Geld für eine Krise aufzutreiben. Der Kongress und die Regierung sind sogar noch flexibler in dem, was sie tun könnten, wenn sie es wollten.

Denken Sie an den Zweiten Weltkrieg. Die Bevölkerung wurde mobilisiert, Fabriken wurden beschlagnahmt, Freiwillige traten auf den Plan, Frauen nahmen Jobs in neuen Bereichen an, neue Produktionsrekorde wurden aufgestellt. Und das war, bevor wir die Technologie hatten, die wir heute haben.



Unsere einzige Chance ist und bleibt—Solidarität

Aber das ist auch die Chance der Arbeiterbewegung, sich für mehr Solidarität einzusetzen, im großen Stil und auf Dauer.

- Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollte zum Gesetz werden, wie es in den meisten anderen Ländern der Fall ist.
- Jedem Einwohner sollte eine kostenlose Gesundheitsversorgung garantiert werden, was dazu beiträgt, uns alle sicherer zu machen und die Gesundheitsversorgung vom Verhandlungstisch zu nehmen. Das wäre ein Wendepunkt - eine Schockdoktrin für unsere Seite.
- Unternehmen sollte es untersagt werden, bei Coronavirus-Tests, Impfstoffen oder Behandlungen Preismanipulationen vorzunehmen. Und wenn wir schon dabei sind, warum nicht bei allen Tests oder Behandlungen? Pharmaunternehmen versuchen bereits, von potenziellen Impfstoffen und Behandlungen zu profitieren, selbst wenn die zugrundeliegende Forschung öffentlich finanziert wird.
- Beendet die falsche Einstufung von Millionen von Arbeitnehmern als unabhängige Auftragnehmer, was bedeutet, dass sie keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben.
- Wir brauchen Arbeitsplätze, die einen existenzsichernden Lohn zahlen. Diese Krise legt die Armut in unserem angeblich reichen Land offen, wenn Lehrer darauf hinweisen, dass ihre Schüler auf die Mahlzeiten, die sie in der Schule bekommen, angewiesen sind. In New York City ist ein Zehntel der Schüler obdachlos.
- Wir brauchen eine sichere Unterkunft für alle. Ein hoch ansteckender Virus zeigt, wie sehr die Gesundheit eines jeden Menschen von der Gesundheit seiner gesamten Gemeinschaft abhängt. Wie wäscht man sich die Hände, wenn man auf der Straße schläft oder wie betreibt man "soziale Distanzierung" in

Unsere einzige Chance ist und bleibt—Solidarität

einem Gefängnis oder einem Abschiebehafenzentrum an?

- Wenn Unternehmen vor Schutzmaßnahmen zurückschrecken oder wenn sie über entgangene Gewinne jammern, sollten sie diese übernehmen und zum Allgemeinwohl betreiben. Keine Rettungsaktionen für die Vorstandsvorsitzenden von Banken, Fluggesellschaften, Ölgesellschaften oder Kreuzfahrtschiffen - nur für die Beschäftigten dieser Unternehmen.

Gehört werden—aber wie?

Wie können wir uns in einer Zeit mobilisieren, in der man uns sagt, wir sollen zu Hause bleiben? Wir können keine Strategie auf einer echten Labor-Notes-Konferenz entwickeln (aber bleiben Sie in Kürze für Online-Aktivitäten bereit) oder einen Marsch auf Washington einberufen. Aber Gewerkschaften und andere Organisationen, die sich um die Arbeitnehmer kümmern, können alle uns zur Verfügung stehenden virtuellen Mittel nutzen, um unseren Arbeitgebern und Gesetzgebern zu sagen, was wir wollen.

Alles, was wir in dieser Krise gewinnen, müssen wir organisieren, damit es Bestand hat. Schulbeamte in Texas und im Bundesstaat Washington haben beispielsweise standardisierte Prüfungstests für dieses Schuljahr gestrichen. Wir haben eine Öffnung für bezahlten Arbeitsunfähigkeit gesehen; Finanzminister Steve Mnuchin gab zu, dass die Kosten "erheblich, aber nicht enorm" seien. Es ist dasselbe mit den anderen Menschenrechten, die die Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten fordert: Es gibt sie in anderen Ländern, wir verdienen sie, wir können sie auch gewinnen.

Die Finanzkrise von 2008 hat Gewerkschaften und Werktätige schwer geschädigt. Wir waren kaum fähig

Unsere einzige Chance ist und bleibt—Solidarität

Gegen Umstrukturierungen Widerstand zu leisten, die die Unternehmen zu ihrem eigenen Vorteil vorgenommen haben.

Aber heute ist es anders - wir starten von einem Ort, an dem wir mehr Widerstands Erfahrung haben. In den letzten zwei Jahren haben mehr Gewerkschaften und sogar gewerkschaftsfreie Arbeitnehmer (z.B. bei Amazon) weitreichende Forderungen gestellt.

Sie haben für sie mit Streiks gekämpft, auch mit ungenehmigten Streiks von unten, wenn es notwendig ist. Immer mehr Menschen sind an die Vorstellung gewöhnt, dass wir gegen ein ganzes System von Ungerechtigkeit kämpfen, nicht nur gegen unsere eigenen Arbeitgeber.

Arbeitgeber und Regierung werden ihr Bestes tun, um uns zu verwirren, uns ein schlechtes Gewissen einzureden und uns zu sagen, dass wir keine Macht haben. Aber wir haben jetzt mehr Gewerkschaftskämpfer, die es gewohnt sind, sich gegen die Herrschenden zu wehren.

Einige werden argumentieren, dass es an der Zeit ist, die Köpfe zu senken und nach Stabilität zu suchen. Aber diese Strategie ist ein Teil dessen, was uns in diesen Schlamassel gebracht hat. Stattdessen sollten wir diese Krise als einen Aufruf zu mutigeren Maßnahmen sehen. Wir sollten uns hinter dem einzigen Kandidaten vereinen, der "Medicare for All" ohne Zuzahlungen, Prämien oder Selbstbeteiligungen unterstützt.

Wir sollten unsere Ambitionen über die engen Grenzen unserer eigenen Verträge hinaus ausdehnen und die Rolle spielen, die



GEHEIMNISSE EINER ERFOLGREICHEN ORGANIZERIN

Alexandra Bradbury / Mark Brenner / Jane Slaughter

Übersetzt von: Yanira Wolf



Gewerkschaften in der Vergangenheit gespielt haben - als Verteidiger der gesamten Arbeiterklasse, ob Mitglied oder nicht. Wir sollten die "Ich kümmere mich um meine eigenen Angelegenheiten" für immer fallen lassen, denn wenn wir nicht alle schützen, können wir uns nicht selbst schützen.

[Original: „Solidarity Is Our Only Chance“](#) (16. März 2020)

[In deutsche übersetzt von OKG](#)

Jane Slaughter ist ein Urgestein von [Labor Notes](#), eine Co-Autorin des Buches [„Geheimnisse einer erfolgreichen Organizerin“](#) und Mitglied Ortsgruppe Detroit der Democratic Socialists of America (DSA) und in der Redaktion von „Against the Current“ des Magazins der Organisation Solidarity.

Dürfen die das jetzt?

Corona trifft Arbeitsbedingungen im Krankenhaus.

Ein Gespräch mit Tobias
Michel, Berater und
Autor der legendären
Schichtplanfibel



Gesundheit darf keine Ware mehr sein!

Im Krankenhaus zu arbeiten war noch nie ein Zuckerschlecken. Das wird gerade nicht besser, wenn auch jedem/jeder klar geworden sein sollte, wie „systemrelevant“ die Arbeit der KollegInnen dort ist.

Wir wollten wissen, was dort gerade so abgeht, welche Anforderungen dort an Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen gestellt werden. Deswegen hat Michael Heldt mit Tobias Michel, dem Autor der Schichtplanfibel www.schichtplanfibel.de geplaudert.

<http://www.organisieren-gewinnen.de/index.php?id=49>



E-Mail

iso@intersoz.org

Telefon

+49 (0) 221 / 923 11 98

+49 (0) 162 / 392 97 85

Adresse

ISO – Internationale Sozialistische Organisation
Bundesbüro
Regentenstr. 57 – 59
51063 Köln

Facebook

facebook.com/intersoz.org

Twitter

twitter.com/InterSozOrg